Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 83 (2003)

Heft: 4

Artikel: Die deutsche Wirtschaft wieder beleben : eine Stellungnahme aus amerikanischer Sicht

Autor: Rahn, Richard W.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-166864

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Richard W. Rahn
ist Senior Fellow des Discovery Institute und Dozent am Cato Institute in Washington DC, USA.

Die deutsche Wirtschaft wieder beleben

Eine Stellungnahme aus amerikanischer Sicht

In Deutschland stagniert das Wachstum, und das Land kämpft mit der Deflation, mit einer Bankenkrise und einer ständig ansteigenden Arbeitslosigkeit. Bundeskanzler Schröder hat zwar Reformpläne präsentiert, ob diese aber erfolgreich realisierbar sind, ist sehr fraglich.

In den Sechziger- und Siebzigerjahren brüsteten sich Europa – und insbesondere Deutschland – mit ihrem Wirtschaftswachstum. Zwischen 1965 und 1974 beliefen sich die Investitionen der öffentlichen Hand auf 37 Prozent des durchschnittlichen Bruttosozialproduktes, und das Wirtschaftswachstum betrug durchschnittlich 4,3 Prozent pro Jahr.

Als jedoch in Europa Linksregierungen an die Macht kamen, stiegen die Staatsquoten bis zum Jahre 1984 auf durchschnittliche 47 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Diese Quote gilt auch heute noch, während sie in den USA wenig über 30 Prozent liegt. Wen wundert's, dass das Wirtschaftswachstum in Europa auf durchschnittlich 1,7 Prozent zurückfiel, während die Vereinigten Staaten zwischen 1984 und 2000 ein Wachstum von durchschnittlich 3,6 Prozent auswiesen? In Europa war die durchschnittliche Arbeitslosenquote mehr als 50 Prozent höher als in den USA.

Vor der *Thatcher*-Revolution war das UK «der kranke Mann Europas». Heute ist es dank Privatisierung, Steuer- und Ausgabenreduktion an der Spitze der grossen EU-Mitglieder. In den Neunzigerjahren führte die EU den Euro als gemeinsame Währung ein. Die Deutschen, die aufgrund ihrer historisch bedingten Inflationsangst bisher eine sehr restriktive Geldpolitik betrieben hatten, befürchteten, dass andere Mitgliedstaaten die durch fiskalische Verantwortungslosigkeit bewirkten Probleme durch eine Inflationierung der neuen Währung lösen könnten. Aus diesem Grund beharrten die Deutschen auf sehr restriktiven und strikten Regelungen der Staatsverschuldung. Zu diesem Zeitpunkt schien dieses Vorgehen sehr weise und weitsichtig. Es wurden jedoch beim Festlegen der Defizitziele zwei Fehler gemacht.

Der *erste* Fehler bestand darin, dass nicht unterschieden wurde zwischen den zwei theoretischen Möglichkeiten der Defizitverringerung: Ausgabenreduktion und Steuererhöhung. Eine Reduktion der Ausgaben der öffentlichen Hand führt zu einer Erhöhung des Wirtschaftswachstums, weil die weniger produktiven Staatsausgaben durch die produktiveren Investitionen und Ausgaben der Privatwirtschaft ersetzt werden. Eine Steuererhöhung reduziert das Wirtschaftswachstum und macht es schwieriger, die Ausgaben einzudämmen.

Der *zweite* Fehler beim Bestimmen eines Defizitzieles ist die Verwechslung von Defizit und Inflation. *De facto* besteht sehr wenig Verwandtschaft zwischen Defizit und Inflation. So hat Japan während mehr als einem Jahrzehnt massive Defizite eingefahren, doch sein Problem ist Deflation und nicht Inflation. Steuerreduktionen, gepaart mit einer restriktiven staatlichen Ausgabenpolitik, sind das wirksamste Rezept, um öffentliche Defizite in den Griff zu bekommen. Deutschland und Frankreich haben den Auftrag erhalten, ihre Defizite nach den von der EU aufgestellten Regeln zu reduzieren. Die Franzosen haben daraufhin angekündigt, dass sie zwar einige Steuerreduktionen, welche wachstumsfördernd sind, durchziehen werden, jedoch auf die gewünschten wachstumshemmenden Ausgabenreduktionen verzichten wollen.

Ungenügende Reformen

Das neue Programm von Bundeskanzler *Schröder* beinhaltet einige wirtschaftsfördernde, aber auch einige kontraproduktive Elemente. Wirtschaftsfördernd ist sicher die Erleichterung von Entlassungen. Dies ist ein Fortschritt. Deutschland muss sich

Der Beitrag wurde von Juliana Schwager-Jebbink aus dem Englischen übersetzt.

jedoch in Richtung eines Systems der «Beschäftigung nach Bedarf» entwickeln, wie es die Vereinigten Staaten kennen. Die Europäer argumentieren, dass das amerikanische System gegenüber den Arbeitnehmern zu hart sei. Tatsächlich wirkt es sich aber eher zugunsten der Arbeitnehmer aus, weil sie nach einer Entlassung auf einem flexiblen Arbeitsmarkt viel grössere Chancen haben, eine neue Stelle zu finden.

Ebenfalls als wachstumsfördernd können die Vorschläge betrachtet werden, die darauf zielen, dass Personen, welche von der Sozialfürsorge leben, angebotene Stellen akzeptieren müssen. Negativ wird sich jedoch die angekündigte Erhöhung der staatlichen Investitionen auswirken; denn diese wird entweder aus mehr Steuereinnahmen oder aus Anleihen finanziert werden müssen. Diese Ausgaben werden die deutsche Wirtschaft mehr belasten als stützen; denn jeder zusätzlich ausgegebene Euro wird aus dem privaten Sektor herausgepresst. Ausserdem wissen wir, dass höhere Steuern die Anreize zu arbeiten, zu sparen und zu investieren verringern, und dass die Kosten des Steuereintreibens, sowohl im öffentlichen als im privaten Sektor, beachtlich sind. Der heutige deutsche Steueranteil ist weit über dem, was einnahme- und wachstumsmässig erzielt werden kann. Somit steht fest, dass eine Zunahme der Steuerbelastung und der Staatsausgaben zu einer weiteren Talfahrt der deutschen Wirtschaft führen wird.

Steuerreduktionen, gepaart mit einer restriktiven staatlichen Ausgabenpolitik, sind das wirksamste Rezept, um öffentliche Defizite in den Griff zu bekommen.

Bankenkrise und Kapitalflucht

Eine zusätzliche Gefahr besteht darin, dass Deutschland, wie Japan, in eine Deflationsspirale gerät und das übrige Europa mit hineinzieht. Das könnte sich etwa so abspielen: Bei einer schwächer werdenden deutschen Wirtschaft werden die Vermögenswerte der Banken (Aktien und Immobilien) weniger wert. Dadurch wird das Bankensystem gefährdet, und die Banken werden weniger Darlehen geben. Die Konjunktur flacht weiter ab, und das wird einen weiteren Rückgang der Preise und Vermögenswerte verursachen. Da Deutschland keine eigene Zentralbank mehr hat, ist die Bekämpfung der Deflation durch Geldschöpfung nicht mehr möglich. Wenn die Deutschen weniger wohlhabend sind, werden sie von ihren europäischen Nachbarn, die stark mit ihnen vernetzt sind, auch weniger kaufen.

Negativ wird sich jedoch die angekündigte Erhöhung der staatlichen Investitionen auswirken.

Einige deutsche Bankiers haben dazu aufgerufen, schlechte Bankanleihen abzuschreiben, ähnlich wie dies in den USA während der Krise in den Achtzigerjahren der Fall war. Ein solches Programm kann aber nur dann Früchte tragen, wenn andere fundamentale Veränderungen zugunsten der Wirtschaft tatsächlich durchgezogen werden. In den Vereinigten Staaten war die Spar- und Darlehensabschreibung gekoppelt an eine Senkung der Steuerrate, eine Lockerung der Regulierung und eine Reduktion des Ausgabenwachstums. Dank starkem Wirtschaftswachstum konnte die Bankenkrise ziemlich schmerzlos überwunden werden.

Alle grösseren europäischen Staaten sind mit dem Problem der Kapitalflucht konfrontiert. Das Fluchtkapital fliesst innerhalb der EU in Länder wie Luxemburg, Österreich und ausserhalb der EU in die Schweiz und in die USA. Die EU beharrt auf einem Informationsaustausch und verlangt von Ländern, welche diesen verweigern, eine Verrechnungssteuer auf dem Kapitalertrag von 35 Prozent. Diese Massnahme, welche die Gesamtsteuerlast aller EU-Staaten erhöht, wird zu einer zusätzlichen Stagnation des Wirtschaftswachstums führen.

Wachstum ist erfahrungsgemäss nur möglich, wenn das Staatsbudget durch strengste Ausgabendisziplin ins Gleichgewicht gebracht wird. Die Staatsquote Deutschlands liegt weit über derjenigen der USA, Grossbritanniens und Irlands. Auch die Lohnkosten sind in Deutschland substanziell höher als in diesen Ländern. Darum ist Deutschland auch diesbezüglich nicht mehr wettbewerbsfähig.

Wenn Deutschland den Umfang des öffentlichen Sektors nicht massiv reduziert und seinen Arbeitsmarkt liberalisiert, wird die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen und das Realeinkommen weiter sinken. Nur mit einem an heutige Gegebenheiten angepassten *Reagan/Thatcher*-Reformprogramm kann Deutschland wieder zur führenden Wirtschaftsmacht Europas werden. ✦